

Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung

Anträge der Regierung vom 3. April 2012

Art. 22¹, 23, 24, 31 und 37: Festhalten am Entwurf der Regierung.

Begründung:

Verbürgungen gelten wie Darlehen als Ausgaben für den Kanton. Da der Kanton gegenüber privaten Kreditgebern das volle Risiko bis zu 80 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten trägt, jedoch keine Erträge aus Zinsen hat, sind Bürgschaften insgesamt teurer.

Die Darlehensgewährung lässt im Unterschied zur Bürgschaft indessen bestimmte Steuerungsmassnahmen zu, indem die Regierung beispielsweise die Laufzeit und den Zins sowie die Anforderungen an die Sicherung des Darlehens festzulegen hat. Das Darlehen würde zudem unverzüglich zur Rückzahlung fällig, wenn ein Kredit zweckwidrig verwendet oder einer Einrichtung gar die Finanzierungsanerkennung oder Betriebsbewilligung entzogen würde. In diesem Fall bliebe die Bürgschaft gegenüber den privaten Geldgebern unverändert bestehen. Der Kanton müsste damit in erheblichem Mass für Einrichtungen aufkommen, die aus eigenem Verschulden die Unterstützung des Kantons verwirkt hätten.

Entsprechend ist am Darlehensmodell festzuhalten. Der Bezug eines Darlehens vom Kanton ist zudem nicht zwingend. Die Einrichtung kann Kredite nach wie vor vollständig über den freien Kapitalmarkt beziehen. Die anerkannten Einrichtungen als Träger des öffentlichen Gewährleistungsauftrags bieten auch ohne eine Bürgschaftsverpflichtung des Kantons hohe Sicherheit. Das zeigen die bisherigen Erfahrungen durchwegs. Die Bürgschaft erscheint als Sicherungsinstrument demgegenüber nicht zeitgemäss.

¹ Mit Ausnahme der Änderung von Art. 22 Abs. 2 des Entwurfs: Wort im zweiten Satzteil (anrechenbaren Investitionskosten) gemäss Antrag der vorberatenden Kommission.